

Beschluss der Bewegungslinke - Mitgliederversammlung am 30.03.2024

Titel: Die Linke und Israel/Palästina. Vorschläge für einen Weg nach vorne

0. Die Bewegungslinke unterstützt die Kompromisslinie vom letzten Parteitag weiterhin und setzt sich auf dessen Grundlage für eine stärkere Sichtbarkeit und Handlungsfähigkeit der Partei in der öffentlichen Diskussion ein.
1. Konkret werben wir im Parteivorstand dafür, dass die auf dem Parteitag beschlossene **Diskussion zum Antisemitismusbegriff** zeitnah geführt wird und klärende Beschlüsse gefasst werden, um als Partei öffentlich Position gegen den „autoritären Anti-Antisemitismus“ (Peter Ullrich) beziehen zu können.
2. Auf Bundesebene wirken daraufhin, dass die Fraktion in Zusammenarbeit mit dem unter anderem von medico und Amnesty unterstütztem Netzwerk für einen gerechten Frieden in Nahost (<https://gerechter-frieden.org/ueber-uns/>) eine **öffentliche Konferenz für einen gerechten Frieden in Nahost** organisiert, bei der progressive Stimmen aus Wissenschaft, Presse und Bewegung zusammenkommen.
3. Lokal greifen wir die Initiative einzelner Kreisverbände auf, als Partei **den Film „No Other Land“ bundesweit in Kinos** zu bringen, um humanistische Perspektiven jenseits der verrohten Diskussion zu stärken und lokal handlungsfähig zu werden.

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus und alle Formen von Rassismus. Die historische Schuld des Faschismus verpflichtet sie dazu, sich im Sinne des Grundgesetzes von 1949 überall und immer für Menschenrechte einzusetzen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Davon ist Deutschland derzeit jedoch weit entfernt. Wir erleben zum einen einen erinnerungspolitischen Rollback zurück in die 1950er Jahre – nicht nur bei der AfD, sondern vor allem auch bei der Union, wie [Jens-Christian Wagner](#), Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, zuletzt bei der Berliner Brandmauer-Demonstration hervorgehoben hat. Gleichzeitig führen die Parteien des Zentrums eben jene Erinnerung als Argument an, um die militärische Unterstützung der israelischen Regierung fortzusetzen. Deutschland ist dadurch an Kriegsverbrechen beteiligt, die international als Genozid diskutiert werden und ignoriert damit Institutionen internationalen Rechts, die zur Wahrung von Menschenrechten geschaffen wurde.

Die Linke greift diese fatale Politik der Bundespolitik bislang zu zaghaft an – ein Missstand, der insbesondere unter Genoss:innen mit persönlichen Verbindungen in die Region zu großem Frust und Austritten geführt hat. Dabei hätte die Partei nicht nur hierzulande, sondern in vielen internationalen Organisationen, NGOs und linken Parteien Verbündete, die auf Grundlage universeller Menschenrechte für ein Ende der Gewalt in Israel und Palästina eintreten. Es ist daher Zeit, dass auch unsere Partei zu einer wahrnehmbaren Stimme für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina wird. Dafür braucht es eine Weiterentwicklung der eigenen Position und eine Bereitschaft, sich in den Konflikt zu begeben. Wir wollen diesen Schritt aber nicht nur einfordern, sondern mit konkreten Maßnahmen beginnen.